

RUNDBRIEF

Mai 2020



WÜRTEMBERGISCHER
GESCHICHTS- UND ALTERTUMSVEREIN

Nr. 29



VOR 150 JAHREN: WÜRTEMBERG AUF
DEM WEG INS DEUTSCHE REICH

REICHSWEHR GEGEN REICHSWEHR?
DER WÜRTEMBERGISCHE GENERAL
WALTHER REINHARDT UND DER
KAPP-LÜTTWITZ-PUTSCH IM MÄRZ 1920

DER 18. MÄRZ – EIN „REVOLUTIONÄRES“
DATUM AUCH FÜR STUTTGART

DIE GRÜNDUNG UND FRÜHE GESCHICHTE
DES WÜRTEMBERGISCHEN RITTERORDENS
VON DER JAGD

VOR 525 JAHREN: WÜRTEMBERG
WIRD HERZOGTUM

- 3 **THEMA IM FOKUS**
Vor 150 Jahren:
Württemberg auf dem Weg ins
Deutsche Reich
- 8 **MITTEILUNGEN**
- 10 **IMPRESSUM**
- 11 **HINWEISE ZUM
SOMMERPROGRAMM**
- 12 **AUS DER LANDESGESCHICHTE**
Reichswehr gegen Reichswehr?
Der württembergische General Walther
Reinhardt und der Kapp-Lüttwitz-Putsch
im März 1920
- 16 Der 18. März – Ein „revolutionäres“
Datum auch für Stuttgart
- 18 Die Gründung und frühe Geschichte
des württembergischen Ritterordens
von der Jagd
- 24 **SCHÄTZE DES ARCHIVS**
Vor 525 Jahren:
Württemberg wird Herzogtum
- 25 **NEUE VERÖFFENTLICHUNGEN**
- 26 **HINWEISE AUF HISTORISCHE
AUSSTELLUNGEN**
- 27 **PREISRÄTSEL ZUR LANDES-
GESCHICHTE**
- 28 **HYGIENE UND IHRE BEDEUTUNG
FÜR DIE GESUNDHEIT DER
BEVÖLKERUNG**



Liebe Mitglieder und Freunde unseres Vereins,

die letzten Wochen haben uns allen viel abverlangt: Unser vertrauter Alltag ist aus den Fugen geraten, Menschen, die uns besonders nahestehen, können wir nicht sehen oder müssen wir auf Abstand halten, und, besonders gravierend, nicht wenige fürchten um ihre berufliche und wirtschaftliche Existenz. Der Kulturbetrieb wird in den kommenden Monaten „auf Sparflamme“ laufen. Museen, Gedenkstätten, Archive, Bibliotheken können – unter Einhaltung aller Sicherheits- und Hygienebestimmungen – wieder öffnen; Führungen, Vorträge und andere Veranstaltungen werden aber vermutlich zumindest bis Ende August nicht möglich sein.

Natürlich sind auch alle Vereine von den einschneidenden Maßnahmen betroffen. Als wir Mitte März den Vortrag von Professor Gassert und eine Woche später das moderierte Konzert abgesagt haben, waren wir zunächst noch unsicher, ob unsere Entscheidungen verhältnismäßig sind. Die weitere Entwicklung hat gezeigt: Es gab keine Alternative. Und da derzeit nicht absehbar ist, wann und unter welchen Voraussetzungen wir wieder gemeinsam unterwegs sein können, werden Sie einen Frühjahrsrundbrief in Händen halten, in dem das Sommerprogramm fehlt. Dies schmerzt – nicht nur, weil wir die bereits vereinbarten Terminen stornieren mussten, sondern weil das gemeinsame Erleben entfällt. Es stimmt uns traurig, dass der lebendige Austausch, der das Vereinsleben besonders wertvoll macht, vorerst nicht stattfinden kann. Wir hoffen, dass wir im Herbst, wenn auch sicher noch mit Vorsichtsmaßnahmen, wieder ein Programm anbieten können. Bleiben Sie bitte weiterhin dem Verein gewogen und wohlauf!

In diesem Sinne grüßt Sie sehr herzlich

Dr. Nicole Bickhoff
Vorsitzende

VOR 150 JAHREN: WÜRTTEMBERG AUF DEM WEG INS DEUTSCHE REICH

Großherzog Friedrich I. von Baden trat neben den König. *Seine Kaiserliche und Königliche Majestät, Kaiser Wilhelm, lebe hoch, hoch, hoch!* rief der süddeutsche Fürst mit lauter Stimme in den weiten Saal. *Hoch!* schallte es dreimal donnernd aus Hunderten von Kehlen zurück. Die Offiziere zückten ihre Waffen und reckten sie klirrend in die Höhe.

Die meisten Augenzeugen empfanden es so: Die Proklamation des Deutschen Reiches am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Schlosses Versailles, die mit einer Predigt und Ansprachen eher nüchtern-geschäftsmäßig begonnen hatte, gewann erst mit den Hochrufen auf den preußischen König und nunmehrigen „Deutschen Kaiser“ Wilhelm die ersehnte emotionale Dimension. Nun löste sich die feierliche Anspannung, die Freude brach sich Bahn. Noch nach Jahrzehnten sollten die Teilnehmer ergriffen von dieser Erfahrung kollektiver Begeisterung berichten.

Während Großherzog Friedrich von Baden, der Schwiegersohn des Kaisers, bei der symbolischen Proklamation des Deutschen Reiches – im juristischen Sinn war das Reich bereits zum 1. Januar 1871 ins Leben getreten – eine Hauptrolle spielte, stand Württemberg abseits.

Anton von Werner (1843–1915), Die Proklamierung des deutschen Kaiserreiches (Friedrichsruher Fassung), Öl auf Leinwand, 1885

Der seit 1864 regierende König Karl hatte, ebenso wie Ludwig II. von Bayern, die Reise nach Frankreich vermieden. Dass er am 18. Januar mit Königin Olga den 25. Verlobungstag beging, war dabei eher nebensächlich. Vielmehr dokumentierte Karl durch seine Abwesenheit bei der Kaiserproklamation eine innere Distanz zum neuen Reich, die er ungeachtet des im November/Dezember 1870 erfolgten Beitritts seines Landes bewahrt hatte und die er bis zu seinem Tod im Jahr 1891 nicht überwinden sollte. Aus der württembergischen Königsfamilie waren in Versailles lediglich Prinz Wilhelm, der spätere König Wilhelm II., und sein Onkel August sowie die Herzöge Eugen Erdmann und sein Sohn Wilhelm Eugen aus der schlesischen Linie Karlsruhe anwesend. Keiner von ihnen spielte eine tragende Rolle bei der höfisch-zeremoniellen Veranstaltung.

Die Vorgänge bei der Kaiserproklamation lassen erahnen, dass die Integration des Königreichs Württemberg in das 1870/71 entstehende Deutsche Reich ein überaus komplexer Prozess gewesen ist. Im Gegensatz zu Baden war in Württemberg auch nach der Niederlage im Deutschen Krieg von 1866 die politische Stimmung am Hof, in der Regierung und auch in der Bevölkerung mehrheitlich preußenkritisch bzw. preußenfeindlich geblieben. Man lehnte einen kleindeutschen Nationalstaat unter der Führung der norddeutschen Vormacht ab; stattdessen





König Karl von Württemberg (1823–1891), Porträt um 1864

wollte man die Souveränität des eigenen Staates erhalten oder strebte nach einer großdeutschen Lösung der nationalen Frage, das heißt unter Einschluss Österreichs. In der württembergischen Öffentlichkeit machten vor allem die demokratische „Volkspartei“ und ihre Anhänger gegen Preußen mobil. Im Parteiblatt „Der Beobachter“ erschienen regelmäßig Artikel, die sich in polemischer Weise gegen den zunehmenden Einfluss der Hohenzollernmonarchie in Süddeutschland wandten. Militarismus, Machiavellismus, Freihandel – alle Übel kamen für die Führer der Volkspartei aus Preußen.

Zumindest aus der Rückschau wird erkennbar, dass sich die politische Stimmung, die in Württemberg nach der Niederlage im Deutschen Krieg herrschte, nicht mehr in eine realistische Politik übersetzen ließ. Das kleine südwestdeutsche Königreich (1,8 Mio. Einwohner) war in wirtschaftlicher, aber auch in militärischer Hinsicht von Preußen bzw. vom 1866 gebildeten Norddeutschen Bund (24 bzw. 30 Mio. Einwohner) abhängig. Der leitende Minister Karl von Varnbüler wusste das. Trotzdem musste er seine Politik maßgeblich an der preußenfeindlichen Stimmung ausrichten, die am Hof und im Land dominierte. Dies führte im Ergebnis zu einer „Schaukelpolitik“, die Varnbüler von Zeitgenossen wie von Historikern verschiedentlich vorgeworfen worden ist.

Der im Juli 1870 ausgebrochene Deutsch-Französische Krieg machte schließlich alle politischen Hoffnungen in Stuttgart zunichte. Der militärische Konflikt mit Frankreich setzte einen Prozess in Gang, der binnen weniger Monate zur Gründung des Deutschen Reiches führen sollte. Die deutsche Nationalstaatsbildung folgte damit einem Muster, das in Europa verbreitet war: Nationaler Krieg und Staatsgründung bildeten zwei Seiten derselben Medaille.

Der Deutsch-Französische Konflikt entzündete sich an der Frage der spanischen Thronfolge. Kaiser Napoleon III. wollte verhindern, dass mit

dem Sigmaringer Erbprinzen Leopold ein Mitglied des Hauses Hohenzollern den vakanten Madrider Thron bestieg. Er befürchtete eine „Einkreisung“ Frankreichs durch die Hohenzollern, ähnlich der Umklammerung durch das Haus Habsburg in der Frühen Neuzeit. Im Hintergrund dieser geopolitischen Besorgnisse stand eine Machtverschiebung in Europa, die sich als Folge des Deutschen Krieges von 1866 ergeben hatte. Aufgrund der nunmehr starken Stellung Preußens sah Frankreich seine Führungsrolle auf dem Kontinent gefährdet. Die norddeutsche Vormacht hingegen versuchte, ihren Einflussbereich weiter auszubauen, insbesondere nach Süddeutschland.

Als Frankreich infolge der Auseinandersetzungen um die spanische Thronfolge dem Königreich Preußen am 19. Juli 1870 den Krieg erklärte, beteiligten sich die süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen auf der Grundlage der 1866 bzw. 1867 geschlossenen „Schutz- und Trutzbündnisse“ an der Seite der Hohenzollernmonarchie an dem Konflikt. Der von Beginn an als „Nationalkrieg“ verstandene Waffengang gegen Frankreich verlief unerwartet erfolgreich. Im August 1870 siegten die vom preußischen Generalstabschef Helmuth von Moltke geführten deutschen Armeen in einer Reihe von Schlachten im Elsass und in Lothringen über Heeresverbände Napoleons III. Nach dem deutschen Erfolg in der Schlacht von Sedan am 1. und 2. September waren die kaiserlichen Armeen weitgehend ausgeschaltet. Napoleon begab sich in Gefangenschaft. In Paris wurde daraufhin die Republik ausgerufen.

Die württembergische Felddivision, die etwa 18.000 Mann umfasste, bildete einen Bestandteil der III. deutschen Armee, die vom preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm (dem späteren Kaiser Friedrich III.) geführt wurde. Teile der Division kämpften in der Schlacht von Wörth am 6. August, spielten dort aber lediglich eine Nebenrolle. Auch in der Schlacht von Sedan kam den württembergischen Soldaten keine entscheidende Bedeutung zu. Sie nahmen an dem Gefecht nur indirekt teil, indem sie ein – wenig entschlossen agierendes – französisches Entsatzkorps abwehrten.

Kriegsausbruch und militärische Erfolge der deutschen Armeen im Spätsommer 1870 hatten erhebliche Rückwirkungen auf die politische Stimmung in Württemberg. Bereits seit September wurden Forderungen nach der Bildung eines

kleindeutschen Nationalstaates immer lauter erhoben. So fand am 3. September 1870, also einen Tag nach dem Sieg der deutschen Armeen bei Sedan, in der Stuttgarter Liederhalle eine von der „Deutschen Partei“ organisierte Versammlung statt, in deren Verlauf nationalpolitische Konsequenzen der militärischen Entwicklung verlangt wurden, das heißt die Bildung eines Bundesstaates. Zusammenkünfte von Sympathisanten der „Deutschen Partei“ gab es in den folgenden Wochen auch in anderen Städten des Königreiches.

König Karl und seine seit Anfang September 1870 von Justizminister Hermann von Mittnacht geführte Regierung konnten sich dem Druck der öffentlichen Meinung nicht entziehen. Bereits Mitte September stimmte Karl Konsultationen, im Oktober schließlich Verhandlungen über die neue deutsche Staatsform zu. Am 19. Oktober reisten Mittnacht und Kriegsminister Albert von Suckow als württembergische Unterhändler ins deutsche Hauptquartier nach Versailles. Die Verhandlungen, die Otto von Bismarck, der Kanzler des Norddeutschen Bundes, dort parallel mit den Vertretern Bayerns, Württembergs, Badens und Hessens über die zukünftige politische Ordnung Deutschlands führte, konnten innerhalb weniger Wochen erfolgreich abgeschlossen werden. Hessen und Baden traten am 15. November, Bayern am 23. November, Württemberg schließlich am

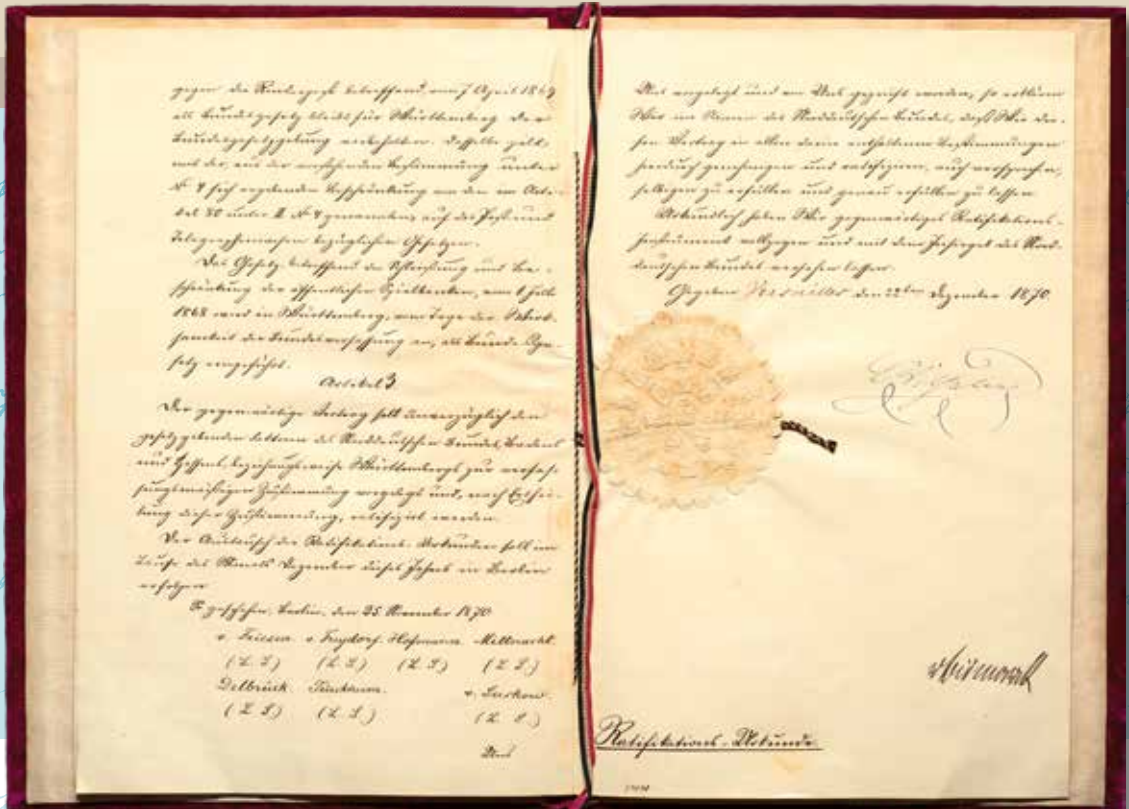
25. November dem sich formierenden neuen Deutschen Reich bei.

Dass sich Württemberg als letzter der vier süddeutschen Staaten dem Nationalstaat anschloss, ist maßgeblich auf eine Episode zurückzuführen, die die schwierige Rolle des württembergischen Königshauses im Reichsgründungsprozess schlaglichtartig beleuchtet. König Karl bestand darauf, dass Württemberg nicht zu schlechteren Konditionen in das entstehende Reich eintreten dürfe als das benachbarte, etwa dreimal so große Königreich Bayern. Die württembergischen Unterhändler in Versailles sollten aus diesem Grund möglichst in Abstimmung mit den Nachbarn verhandeln, jedoch keinesfalls mit einem schlechteren Ergebnis abschließen. Dieser Auftrag erwies sich als undurchführbar. Bismarck erkannte, dass der Beitritt Bayerns zum entstehenden Reich nur um den Preis spezieller, Württemberg vorenthaltener Reservatrechte zu erlangen war, ein Zustand, den Hermann von Mittnacht in einem Brief vom 8. November 1870 als *bayerisches Vicekaiserthum* geißelte. Als König Karl bemerkte, dass sein politisches Minimalziel kaum zu erreichen war, intervenierte er. Mittnacht und Suckow wurde untersagt, den bereits vollständig ausgehandelten Beitrittsvertrag Württembergs zum Norddeutschen Bund sowie die zugehörige Militärkonvention zu



Hermann von Mittnacht (1825–1909), württembergischer Justiz- und Außenminister, Ministerpräsident 1876–1900, Stich nach einer Fotografie, Stich und Druck von Weger, o. D.

Karl Schott (1840–1911), „Das 2. Jägerbataillon in Champigny am 2. Dez. 1870“, Aquarell, o. D. [um 1900]



Beitritt Württembergs zur Verfassung des Deutschen Bundes (Preußische Ratifikation), Versailles, 22. Dezember 1870

unterzeichnen. Mit dieser Entscheidung erinnerte Karl demonstrativ an die Souveränität Württembergs und an seine königliche Prärogative. Allein, das Veto musste angesichts der politischen Umstände ein symbolischer Akt bleiben, der eher die Ohnmacht als die Macht des Königs bewies. Württemberg konnte die Konditionen seines Beitritts zum Reich durch die Intervention nicht verbessern und auch die ersehnte Gleichstellung mit Bayern nicht erreichen. Es ergab sich lediglich eine zeitliche Verzögerung – der Anschluss Württembergs an den mittlerweile entstandenen „Deutschen Bund“, der wenig später in „Deutsches Reich“ umbenannt werden sollte, erfolgte, wie erwähnt, erst am 25. November 1870.

Durch die Novemberverträge erkannten die süddeutschen Staaten die Konstitution des Norddeutschen Bundes als Grundlage der Verfassung des Deutschen Reiches an. Allerdings konnten Bayern und Württemberg einige Reservatrechte im Bereich des Post-, Eisenbahn- und Militärwesens behaupten. Württemberg erhielt im Bundesrat vier von 52 Stimmen und sollte zukünftig 17 von 334 Abgeordneten in den Reichstag entsenden. Nach der Parlamentswahl vom 5. Dezember 1870 stimmten die beiden Kammern des württembergischen Landtags dem Beitrittsvertrag und der Militärkonvention vom 25. November jeweils mit gro-

ßer Mehrheit zu. Eine vorläufige Verfassung des Deutschen Reiches trat zum 1. Januar 1871 mit der Staatsgründung in Kraft. In diese Konstitution war der Zutritt Württembergs und Bayerns zum Reich noch nicht aufgenommen. Die endgültige Verfassung des deutschen Nationalstaates, meist als „Bismarcksche Reichsverfassung“ bezeichnet, sollte erst Monate später, am 16. April 1871, unterzeichnet werden. Sie bildete ab dem 4. Mai 1871 fast fünfzig Jahre lang die Grundlage des staatlichen Lebens im Reich.

Während die politischen Entwicklungen sich im Herbst 1870 insgesamt sehr zügig vollzogen, standen die deutschen Heere in Frankreich noch im Kampf gegen die Französische Republik. Wenige Tage nach dem Beitritt Württembergs zum Deutschen Bund am 25. November wurde die inzwischen bei der Zernierung von Paris eingesetzte Felddivision des südwestdeutschen Königreichs vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Ab dem 30. November unternahmen die in der französischen Hauptstadt stationierten Truppen einen lange vorbereiteten Ausbruchversuch, der sich gegen die von Württembergern und Sachsen gehaltenen Stellungen an der Marne im Südosten von Paris richtete. Die II. Armee unter General Auguste-Alexandre Ducrot attackierte zwischen Bry-sur-Marne und Champigny-sur-Marne die Belagerungstruppen mit etwa 100.000 Mann und damit mit einer Überzahl von etwa 4:1. Mit größter Mühe gelang es den deutschen Verbänden am 30. November,



einen Durchbruch durch die eigenen Linien zu verhindern. Die Kämpfe flammten am 2. Dezember nochmals mit Heftigkeit auf, als die Deutschen, die inzwischen weitere Truppen an den bedrohten Frontabschnitt verlegt hatten, zum Gegenangriff übergingen. Obwohl die Attacke lediglich Teilerfolge erbrachte, zog sich die Armee Ducrots anschließend wieder nach Paris zurück. Der französische Ausfallversuch war gescheitert. Der Preis, den die württembergischen Verbände für den militärischen Erfolg zahlten, war allerdings hoch. Insgesamt beklagte die Felddivision in den Kämpfen Ende November/Anfang Dezember Verluste von knapp 2.000 Mann. 579 Württemberger starben.

In den folgenden Wochen bis zum Waffenstillstand zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich vom 31. Januar 1871 wurden die württembergischen Soldaten in keine größeren Gefechte mehr verwickelt. Nach dem Abschluss des Präliminarfriedens am 26. Februar übte die Felddivision Besatzungsaufgaben in den Departements Marne und Haute-Marne aus, bevor sie nach dem Frieden von Frankfurt am Main vom 10. Mai 1871 nach Schwaben zurückver-

Christian Speyer (1855 – 1929), „Einzug der siegreichen württ. Truppen in Stuttgart durch den Triumphbogen am Tübingerthor den 29. Juni 1871“, Öl auf Leinwand o. D.

legte. Die heimkehrenden Soldaten wurden von der Bevölkerung begeistert empfangen.

Die menschlichen Opfer, die der Krieg gefordert hatte, galten bereits während des Konflikts, vor allem jedoch danach als notwendige Blutopfer für die Gründung des Deutschen Reiches. Diese Denkfigur bekräftigte die Verbindung von Krieg und Nationalstaatsgründung. Sie prägte die Erinnerung an die Umbruchjahre 1870/71 nachhaltig, fand Eingang in die Historiografie und in die Erinnerungsliteratur und objektivierte sich in den Kriegs- und Reichseinigungsdenkmälern, die bis zum Ersten Weltkrieg auch in Württemberg in großer Zahl errichtet wurden. Unter diesen Vorzeichen gelang es rasch, die bis 1870 mehrheitlich preußenkritischen Württemberger für das Deutsche Reich zu gewinnen und das südwestdeutsche Königreich in den deutschen Nationalstaat zu integrieren.

Wolfgang Mährle



AUSSTELLUNG

NATION IM SIEGESRAUSCH. WÜRTTEMBERG UND DIE GRÜNDUNG DES DEUTSCHEN REICHES 1870/71

Hauptstaatsarchiv Stuttgart | Konrad-Adenauer-Str. 4

Bis 31. Juli 2020

Nähere Informationen unter www.landesarchiv-bw.de/hstas
oder Tel. 0711/212-4335

Zur Ausstellung ist ein umfangreiches Begleitbuch erschienen.



MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2020

Ergebnisse der Mitgliederversammlung am 15. Februar 2020 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart:

- Im Berichtsjahr 2019 wurden sechs Vortragsveranstaltungen und 15 weitere Veranstaltungen – Exkursionen, Führungen und Besichtigungen – durchgeführt sowie ein Archivalien-Lesekurs angeboten. Außerdem hat sich der WGAV an zwei Tagungen beteiligt.
- Zum siebten Mal wurde der Abiturientenpreis ausgelobt. Zehn Bewerbungen wurden mit einem Buchpreis und einer zweijährigen kostenlosen Mitgliedschaft im Verein bedacht.
- Es erschienen der 78. Jahrgang der Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte (687 S.) und zwei Rundbriefe (April und Oktober 2019). In der Reihe „Geschichte Württembergs. Impulse der Forschung“ konnten drei Publikationen vorgelegt werden. Der 15. Jahrgang (2019) in der Reihe „Landesgeschichte in Forschung und Unterricht“, der dem Thema „100 Jahre Erster Weltkrieg“ gewidmet ist, wurde in elektronischer Form publiziert.
- Im Berichtszeitraum waren 15 Todesfälle zu beklagen und 26 Austritte zu verzeichnen. Dem Verlust standen 29 Eintritte gegenüber. Der Verein zählt damit 1.213 Mitglieder (Stand 31.12.2019).
- Am Jahresende 2019 betrug das Vereinsvermögen 185.543 Euro.
- In ihren Ämtern als gewählte Beiräte wurden Herr Dr. Roland Deigendesch, Herr Prof. Dr. Norbert Haag, Herr Konstantin Huber sowie Frau Dr. Melanie Prange bestätigt. Neu in den Beirat gewählt wurden Herr Dr. Rupert Schaab und Frau Dr. Petra Steymans-Kurz.

NEUE BEIRÄTE

DR. PETRA STEYMANŠ-KURZ
Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart



Geboren 1983 in Kempten/Allgäu. Studium der Mittlere und Neueren Geschichte und Kulturanthropologie/Volkskunde in Mainz und Florenz. 2009–2011 Stipendiatin des Historisch-Kulturwissenschaftlichen Forschungszentrums der Universität Trier, 2011–2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Geschichtliche Landeskunde und Historische Hilfswissenschaften der Universität Tübingen; 2014 Promotion mit einer Arbeit über Angela von Holfels und das Kloster St. Agneten in Trier (15./16.Jh.). Seit 2014 Fachbereichsleiterin Geschichte an der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart und damit verantwortlich für Tagungen, Veranstaltungen und Seminare sowie die Betreuung wissenschaftlicher Arbeitskreise im Bereich Geschichte und vergleichender Landesgeschichte.

Mitglied im Kuratorium der Gesellschaft Oberschwaben, im Veranstaltungsausschuss des Schwäbischen Heimatbundes und des Vorstands des Fördervereins des Instituts für Landesgeschichte an der Universität Tübingen.

DR. RUPERT SCHAAB
Württembergische Landesbibliothek



Geboren 1962 in Heidelberg. 1984 - 1990 Studium der Geschichte, Germanistik, Historischen Hilfswissenschaften und Philosophie in Heidelberg und Bonn, 1993 - 1995 Bibliotheksreferendariat an der Universitätsbibliothek Tübingen und der Fachhochschule Köln. 1996 Fachreferent an der Universitätsbibliothek Erfurt, 1998 Promotion an der Universität Bonn zum Thema „Mönch in St. Gallen - Zur inneren Geschichte eines frühmittelalterlichen Klosters“, 1999 Leitung der Forschungsbibliothek Gotha, 2005 stellvertretender Direktor an der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, auch verantwortlich für die Gesamtleitung der Fachreferate. Seit 1. Juni 2019 Leitender Bibliotheksdirektor der Württembergischen Landesbibliothek.

ZUM GEDENKEN AN ANTON SCHINDLING



Am 4. Januar 2020, wenige Tage vor Vervollendung seines 73. Lebensjahres, verstarb nach schwerer Krankheit in Tübingen Professor Dr. Anton Schindling. Seit 2006 war er Mitglied des Württembergischen Geschichts- und Altertumsvereins, dem wissenschaftlichen Beirat gehörte er seit dem Jahr 2007 an. Seine zugewandte und leutselige Art, seine beeindruckende Kompetenz und sein kluges Urteil werden wir vermissen.

Geboren am 20. Januar 1947 in Frankfurt-Höchst als Sohn eines Handwerksmeisters, sprach er lebenslang den Dialekt seiner Heimat. Ab 1966 studierte er in Frankfurt Geschichte, Philosophie, Kunstgeschichte und Politikwissenschaft. Nach dem Staatsexamen 1971 führte ihn sein weiterer Weg als wissenschaftlicher Mitarbeiter an die Bayerische Akademie der Wissenschaften. 1974 wurde Schindling mit einer Arbeit über „Gymnasium und Akademie in Straßburg 1538 bis 1621“ promoviert. Der Habilitation 1983 in Würzburg über die Anfänge des Immerwährenden Reichstags zu Regensburg schlossen sich Lehrtätigkeiten in Würzburg, Eichstätt und Osnabrück an. Im Wintersemester 1995/96 erhielt er den Ruf auf den Lehrstuhl für Mittlere und Neuere

Geschichte an der Universität Tübingen als Nachfolger von Volker Press, den er bis zu seiner Emeritierung 2015 innehatte. Er wirkte weiter als Seniorprofessor, bis ihm eine schwere Erkrankung die Fortsetzung seiner Arbeit unmöglich machte.

Anton Schindling gehörte zu den führenden deutschen Frühneuzeitforschern; sein besonderes Interesse galt der Bildungsgeschichte, dem Zeitalter der Konfessionalisierung und dem Alten Reich. Viele Jahre war er Dekan der Tübinger Philosophischen Fakultät, und zwei Amtsperioden - von 2005 bis 2015 - bekleidete er das Amt des Vorsitzenden der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Eigene Akzente setzte Schindling durch verstärkte Tagungsaktivitäten, bei denen er häufig mit Partnern zusammenarbeitete. An drei Tagungen war auch der Württembergische Geschichts- und Altertumsverein beteiligt: an der im Mai 2006 veranstalteten Tagung „Souveränität für Baden und Württemberg 1806 - Beginn der Modernisierung?“, an dem Symposium „400 Jahre Union und Liga - Weichenstellung zum Religionskrieg“ im Frühjahr 2007 und zuletzt 2015 an der Tagung „Geschichte der Klosterbibliotheken in Südwestdeutschland“. Zu allen Veranstaltungen sind Tagungsbände erschienen bzw. (zur Tagung 2015) in Vorbereitung.

Anton Schindling war ein engagierter Lehrer, der einen großen Schülerkreis um sich scharte, ein hervorragender Wissenschaftler und ein umtriebiger Wissenschaftsorganisator. Der Württembergische Geschichts- und Altertumsverein wird ihn in dankbarer Erinnerung behalten.

Nicole Bickhoff

DANK AN LANGJÄHRIGE MITGLIEDER

Der Württembergische Geschichts- und Altertumsverein erfreut sich einer Vielzahl von Mitgliedern, die schon seit Jahrzehnten die landesgeschichtliche Arbeit in großer Verbundenheit begleiten. Stellvertretend sollen die Personen und Institutionen gewürdigt werden, die seit 25, 50, 60, 70 und 80 Jahren unserem Verein angehören. Für das wohlwollende Interesse und die langjährige Unterstützung gilt allen unser herzlicher Dank!

80-JÄHRIGE MITGLIEDSCHAFT (1940)

- BÜRGEREMEISTERAMT GRAFENAU
- MONUMENTA GERMANIAE HISTORICA, München
- STAATSARCHIV SIGMARINGEN
- STADTARCHIV KIRCHHEIM UNTER TECK
- STADTVERWALTUNG BESIGHEIM

70-JÄHRIGE MITGLIEDSCHAFT (1950)

- Dr. Ottobert Brintzinger, Kiel

60-JÄHRIGE MITGLIEDSCHAFT (1960)

- Prof. Dr. Dieter Planck, Stuttgart

50-JÄHRIGE MITGLIEDSCHAFT (1970)

- Hermann Bannasch, Stuttgart
- Dieter Böhringer, Gerlingen
- Eberhard Gfröreis, Überlingen-Hödingen
- Wolfgang Volkmar Läßle, Asperg
- INSTITUT HISTORIQUE ALLEMAND, Paris
- STADTARCHIV WÜRZBURG
- UNIVERSITÄT STUTTGART, INSTITUT FÜR ARCHITEKTURGESCHICHTE

25-JÄHRIGE MITGLIEDSCHAFT (1995)

- Uwe Albrecht, Rutesheim
- Sonja-Maria Bauer, Korntal-Münchingen
- Ursula Bölder, Stuttgart
- Horst Boxler, Bannholz
- Sven-Uwe Bürger, Gerabronn-Amlshagen
- Wolfgang Burth, Eppingen
- Gotelind Cordes, Esslingen am Neckar
- Holger Fedyna, Neresheim
- Andreas Förschler, Esslingen am Neckar
- Petra Freifrau vom Holtz, Alfdorf
- Ulrich Kaiser, München
- Margarete Laun, Stuttgart
- Bernhard Märker, Remshalden
- Matthias Miller, Berlin
- Hans-Kilian Mosemann, Heilbronn
- Maritta Moser von Filseck, Metzingen
- Hans-Michael Müller, Stuttgart
- Ina Ulrike Paul, Berlin
- Frank Schnurr, Rosenfeld
- Petra Schön, Stuttgart
- Raimund Waibel, Stuttgart
- REUTLINGER GESCHICHTSVEREIN e.V.
- STADTBIBLIOTHEK REUTLINGEN

IMPRESSUM

Der Rundbrief erscheint halbjährlich / Herausgeber: Dr. Nicole Bickhoff im Auftrag des Württembergischen Geschichts- und Altertumsvereins e. V., Stuttgart / Gestaltung adposit-design Katharina Schmid, Kirchheim u. T. / Druck Gulde-Druck, Tübingen / Bildnachweise: akg-images GmbH, Berlin: S. 3 (Nr. 97698); Hauptstaatsarchiv Stuttgart: S. 4 (J 300 Nr. 628), 5 r (M 703 R573N1), 6 (E 100 Nr. 24), 7 (M 703 R 969N4a), 12 (M 703 R191N29), 13 (M 703 R190N10), 14 (Q 1/2 Bü 219), 16 (P 2 Bü 77), 17 (P 2 Bü 77), 22 (A 23 U 1), 23 (A 602 Nr. 711), 28 o, r (E 151/54 Bü 27), 28 u (E 151/01 Bü 3032); Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Stuttgart: S. 9 u; Landesmuseum Württemberg, Stuttgart: S 5 I (AM 1930-479), 24 (Inv.-Nr. 10792); Staatsarchiv Sigmaringen: S. 19 (FAS DH 1 T1-6 R 53,13); Staatsgalerie Stuttgart: Titel (Inv.-Nr. 854); Wikimedia: S. 11, 15, 27 u; Württembergische Landesbibliothek, Stuttgart: S 18, 21 (HB XV 2); Nicole Bickhoff, Stuttgart: S. 27 o; Rupert Schaab, Stuttgart: S. 9 o; Ulrike Seeger, Stuttgart: S. 20 o, u; Petra-Steymans-Kurz, Rottenburg: S. 8. / Nachdruck und Vervielfältigung auch auszugsweise nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Liebe Mitglieder,

es ist seit dem Jahr 1948 das erste Mal, dass der Württembergische Geschichts- und Altertumsvereins kein Sommerprogramm anbieten kann. Wir hatten so viel vor! Im Gedenken an Friedrich Hölderlin, dessen 250. Geburtstag in diesem Jahr gefeiert wird, sollte eine Halbtagesfahrt nach Nürtingen führen, wo die Familie Hölderlin 24 Jahre wohnte und der Dichter zu Hause war. Wir wollten den Spuren von Hugo Borst, dem bedeutenden Stuttgarter Mäzen und Kunstsammler, von der Staatsgalerie bis zu seinem einstigen Künstlerhaus auf dem Gähkopf folgen. Anfang Juli war eine Studienfahrt nach Neuenstadt am Kocher und Möckmühl geplant, bei der unter anderem die evangelische Stadtkirche St. Nikolaus mit der Grablege der Herzöge von Neuenstadt, das einstige Schickhardt-Schloss und die Gerichtslinde besichtigt werden sollten.

Wir haben zunächst die aktuelle Entwicklung abgewartet, dann aber schweren Herzens die Besichtigungen und Führungen abgesagt; Unternehmungen und Fahrten in der Gruppe werden in den nächsten Monaten kaum möglich sein. Es ist beabsichtigt, die Exkursionen wie auch sonstige stornierte Veranstaltungen zu einem späteren Zeitpunkt nachzuholen. Ob die nach den Sommerferien verabredeten Angebote aufrechterhalten werden können – und gegebenenfalls unter welchen Auflagen –, ist momentan offen und hängt von den Vorgaben ab. Für den 9. Oktober ist (noch) eine Fahrt „Kunst und Kultur in das Taubertal“ vorgesehen; die Tagesfahrt schließt den Besuch des ehemaligen Zisterzienserklosters Bronnbach, der im privaten Besitz befindlichen Burg Gamburg mit exklusiver Führung und der Jakobskirche in Urphar ein. Die eigentlich für September ins Auge gefasste zweitägige Fahrt nach Mainz (mit Besuch der Ausstellung „Die Kaiser und Säulen ihrer Macht“) und Worms kann eventuell im März oder April 2021 realisiert werden.

Da im Moment keine verlässliche Planung möglich ist, haben wir uns entschlossen, vorerst auf die Ausschreibung der Angebote zu verzichten. Wir werden Sie aber auf dem Laufenden halten und zu einem späteren Zeitpunkt per Mail und Brief über die Termine informieren. Bei allen Fragen sind wir selbstverständlich gerne für Sie da.

Ihre
Nicole Bickhoff und Alla Noel



Hochaltar in der Klosterkirche Bronnbach



Luftaufnahme des Klosters Bronnbach

REICHSWEHR GEGEN REICHSWEHR? DER WÜRTTEMBERGISCHE GENERAL WALTHER REINHARDT UND DER KAPP-LÜTTWITZ-PUTSCH IM MÄRZ 1920

Aus Anlass des hundertsten Jahrestages des gescheiterten Staatsstreichs

Die Erfahrungen in der Nacht vom 12. zum 13. waren für mich erschütternd, für mich waren sie bitterer noch als die vom November [...] Wir dürfen nicht verzweifeln. Wir müssen zunächst versuchen, den gemachten Schaden zu kurieren. Der Putsch hat uns älter und reifer gemacht ...



Walther Reinhardt, Porträt, o. D.

Am Ende stand vor allem Verbitterung – und allenfalls eine schwache Hoffnung auf eine bessere Zukunft. In seiner Abschiedsrede als Chef der Heeresleitung am 29. März 1920 versuchte Generalmajor Walther Reinhardt, die dramatischen Ereignisse des nur wenige Tage zurückliegenden Kapp-Lüttwitz-Putsches in die jüngere deutsche Geschichte, aber auch in seine eigene Biografie einzuordnen. Der gescheiterte Staatsstreich vom 13. März 1920 war in den Augen Reinhardts schlimmer als die Revolution vom November 1918. War es am Ende des Ersten Weltkrieges gelungen, die Integrität der Armee zu bewahren, so offenbarte sich eineinhalb Jahre später eine Spaltung der militärischen Führung. Dies musste den noch in den Anfängen stehenden Aufbau republikanischer Streitkräfte weit zurückwerfen. Persönlich bedeutete der Putsch für Reinhardt eine zweite tiefe Zäsur innerhalb weniger Wochen. Nachdem am 29. Februar 1920

seine Ehefrau Luise verstorben war, verlor er durch den Umsturzversuch sein Amt.

Um Walther Reinhardts Rolle während des Kapp-Lüttwitz-Putsches verstehen zu können, ist ein Blick auf seine militärische und politische Biografie, insbesondere jedoch auf seine spezifische Stellung in der deutschen Militärpolitik nach 1918, erforderlich. Reinhardt war Württemberger. 1872 in Stuttgart geboren, trat er im Alter von 19 Jahren in das Grenadier-Regiment „Königin Olga“ Nr. 119 ein. Von 1901 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges wirkte Reinhardt, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, beim Generalstab, unter anderem von 1912 bis 1916 als Erster Generalstabsoffizier beim XIII. (königlich-württembergischen) Armeekorps. Eine ungewöhnliche Wendung nahm das Leben Reinhardts Anfang November 1918. Damals wurde der im Rang eines Obersten stehende Schwabe zum Leiter der Demobilisierungskommission im preußischen Kriegsministerium ernannt. Anfang Januar 1919 folgte sogar die Berufung des Württembergers zum preußischen Kriegsminister. Da die oberste Militärbehörde Preußens auch Funktionen eines Reichsamts wahrnahm, wurde Reinhardt zu einer Schlüsselfigur der Militärpolitik in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Er amtierte als Kriegsminister bis zur Auflösung des Ministeriums Mitte September 1919. Ab 1. Oktober bekleidete Reinhardt das von ihm maßgeblich geschaffene neue Amt eines Chefs der Heeresleitung.

Als oberster Militär des Reichs war er nun dem Reichswehrminister Gustav Noske (MSPD) direkt unterstellt. Reinhardt wirkte als Vorgesetzter des von Hans von Seeckt geführten Truppenamtes – des früheren Generalstabs – sowie der übrigen militärischen Ämter.

Die knapp eineinhalb Jahre zwischen November 1918 und März 1920, in denen Walther Reinhardt in exponierten militärischen und politischen Funktionen tätig war, waren eine Umbruchszeit, in der sich der Armeeführung immense Aufgaben stellten. Zentrale Felder der Militärpolitik waren die Demobilisierung des Feldheeres, der Kampf gegen die äußerste Linke (Spartakisten), die Abrüstung und die Rückführung des Personalstandes der Armee nach der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags, der Neuaufbau eines republikanischen Heeres, die Reorganisation der Militärverwaltung und schließlich die Verteidigung der jungen Republik gegen die nationalistische und völkische Rechte. Alle diese Aufgaben mussten unter den Bedingungen großer politischer Instabilität und fehlender finanzieller Spielräume bewältigt werden. Walther Reinhardt war in seinen Funktionen als preußischer Kriegsminister und als Chef der Heeresleitung an allen wichtigen militärpolitischen Entwicklungen zwischen Januar 1919 und März 1920 maßgeblich beteiligt.

Bemerkenswert und für Reinhardts Rolle während des Kapp-Lüttwitz-Putsches bedeutsam waren die politischen und persönlichen Konstellationen, in denen der Württemberger als Militärpolitiker agierte. Das politische Gewicht Reinhardts beruhte in erster Linie auf dem Vertrauen, das führende Sozialdemokraten zu ihm hatten. Reichspräsident Friedrich Ebert schätzte Reinhardt; zudem etablierte dieser ein sehr gutes Verhältnis zum Reichswehrminister Gustav Noske. Die Verbindung zwischen den moderaten Sozialdemokraten und Reinhardt war vor allem der historischen Situation geschuldet. Sie war jedoch auch getragen durch die gemeinsame Frontstellung gegen den Linksextremismus. Darüber hinaus dürften genuin militärische Überlegungen eine Rolle gespielt haben. Reinhardt vertrat ein Kriegsbild, in dem der Zivilbevölkerung eine entscheidende Bedeutung in zukünftigen militärischen Konflikten zukam. Dieses Szenario erforderte eine breite Verankerung der Armee in der Gesellschaft – eine solche wiederum war nur bei einer Kooperation mit den (gemäßigten) politischen Repräsentanten der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften zu erreichen.

Der Rückhalt Reinhardts im Offizierskorps war während seiner politischen Tätigkeit zwi-



Wilhelm Groener, Porträt, um 1917/18

schen 1918 und 1920 nicht sehr stark. Aufgrund seiner Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Politikern galt der Württemberger zeitweise als „Linker“. Das Image Reinhardts wurde dabei maßgeblich durch eine von ihm getroffene, militärpolitisch marginale Entscheidung bestimmt, die allerdings hohe Symbolkraft erlangte. Der Württemberger war in der revolutionären Phase Anfang 1919, als es um die Sicherung der Kommando- und Befehlsgewalt der Offiziere und damit um ein zentrales Element der Wehrverfassung ging, zu dem Zugeständnis bereit gewesen, dass die militärischen Führer in Zukunft keine Schulterstücke mehr tragen sollten. Dies wurde ihm später zum Vorwurf gemacht. Als hartnäckiger Widerpart und Rivale Reinhardts während dessen politischer Tätigkeit erwies sich vor allem sein württembergischer Landsmann Wilhelm Groener. Dieser war seit dem Rücktritt Erich Ludendorffs am 26. Oktober 1918 faktisch Chef der im Ersten Weltkrieg gebildeten Obersten Heeresleitung, die noch bis Ende September 1919 weiterbestand (zuletzt unter der Bezeichnung „Kommandostelle Kolberg“).

Auch wenn Walther Reinhardt in den Jahren 1919 und 1920 das Vertrauen der Reichsregierung besaß, so verfügte er über keine uneingeschränkte Unterstützung. Die Grenzen der Kooperation zwischen dem württembergischen Offizier und den übrigen Mitgliedern der Reichsregierung wurden im Juni 1919 deutlich, als über die Annahme oder Ablehnung des Versailler Friedensvertrags entschieden werden musste. Reinhardt plädierte gegen eine Annahme. Er befürwortete, hierbei in der Armee keineswegs allein stehend, vom Osten Deutschlands aus eine nationale Erhebung zu organisieren. Die zeitweilige Besetzung eines Teils des Reichs durch die Entente wollte er dafür in Kauf nehmen. Mit diesen Vorstellungen, die an Konzepte eines nationalen Endkampfes vom Herbst 1918 anknüpften, konnte er sich unter anderem gegen Groener nicht durchsetzen.

Im Kapp-Lüttwitz-Putsch wirkten die skizzierten politischen Voraussetzungen sowie



Aufruf Dr. Wolfgang Kapps vom 13. März 1920

Kommando. Einen Tag später wurde Lüttwitz zur Disposition gestellt. Als er vor der Alternative stand, entweder zu demissionieren oder einen Putsch zu wagen, entschied Lüttwitz sich für den Weg der Gewalt.

Als Speerspitze der Putschisten um Kapp und Lüttwitz diente die Brigade Ehrhardt. Der Verband marschierte in der Nacht zum 13. März auf Berlin und besetzte das Regierungsviertel. Reichspräsident Ebert sowie die meisten Mitglieder der Regierung, darunter Noske, flohen zunächst nach Dresden, dann weiter nach Stuttgart. Kapp wurde von den Aufständischen als Reichskanzler eingesetzt. Doch scheiterte der schlecht vorbereitete Staatsstreich bereits nach wenigen Tagen. Ein von Präsident Ebert, den SPD-Ministern und der SPD-Fraktion im Reichstag ergangener Aufruf zum Generalstreik, dem sich weitere Gruppierungen, unter anderem die Gewerkschaften, anschlossen, sowie der Widerstand der Bürokratie zwangen die Putschisten rasch in die Knie. Kapp floh am 17. März nach Schweden, auch Lüttwitz gab wenig später auf.

Walther Reinhardt spielte im Vorfeld und während des Kapp-Lüttwitz-Putsches eine herausgehobene Rolle. Nachdem er Anfang März von der Beerdigung seiner Ehefrau aus Stuttgart nach Berlin zurückgekehrt war, nahm er an den Verhandlungen mit Lüttwitz teil, die schließlich scheiterten. Reinhardt stand dabei loyal an der Seite von Reichswehrminister Noske.

Als die Regierung erfuhr, dass die Brigade Ehrhardt sich in Richtung Berlin in Bewegung gesetzt hatte, sprach sich Reinhardt als einziger der in Berlin anwesenden Militärführer und Berater Noskes für einen bewaffneten Widerstand gegen die Putschisten aus. Seine Überzeugung, den aufständischen Truppen müsse mit Waffengewalt entgegengetreten werden, vertrat er unter anderem während einer richtungsweisenden Offiziersbesprechung in der Nacht zum 13. März. Auch Reichswehrminister Noske befürwortete bei dieser Zusammenkunft den bewaffneten Widerstand. Noske und Reinhardt fanden jedoch bei den anderen hohen Militärs keine Unterstützung. Zwei Gründe waren hierfür Ausschlag gebend: Zum einen schätzte die Mehrheit der anwesenden Offiziere, darunter der Chef des Truppenamts Hans von Seeckt, die Chancen eines militärischen

Reinhardts spezifische Position innerhalb der Militärführung unverkennbar nach. Die Revolte wurzelte vor allem in der Verbitterung der politischen Rechten, aber auch von großen Teilen des Offizierskorps über die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags und seine Annahme durch die Regierung. Sie entzündete sich an dem Versuch Gustav Noskes, die Marinebrigade Ehrhardt, eine republikfeindliche Eliteeinheit, zum 10. März 1920 aufzulösen. Der Befehl des Reichswehrministers führte zum Konflikt mit General Walther von Lüttwitz, dem Kommandierenden General des Reichswehr-Gruppenkommandos 1 in Berlin. Dieser stand im Kontakt mit rechtsgerichteten Gruppierungen, die zum Staatsstreich entschlossen waren, unter anderem mit der „Nationalen Vereinigung“ des ostpreußischen Generallandschaftsdirektors Dr. Wolfgang Kapp. Lüttwitz verlangte von Noske die Rücknahme des Auflösungsbefehls und stellte darüber hinaus weitere politische und militärische Forderungen, vor allem eine Neuwahl des Reichstags und die Entlassung Walther Reinhardts als Chef der Heeresleitung. Die Auseinandersetzung zwischen Noske und Lüttwitz, in die auch Reichspräsident Ebert einbezogen war, führte schließlich am 10. März zur Enthebung des Generals von seinem



Widerstands als sehr gering ein. Im Raum Berlin waren kaum zuverlässige regierungstreue Truppen stationiert. Zum anderen befürchtete man, dass eine bewaffnete Opposition zu einer Spaltung der Reichswehr führen würde. Die gesamte bisher geleistete Aufbauarbeit wäre dadurch langfristig zunichtegemacht worden. Insbesondere Seeckt sah eine derartige Entwicklung voraus. Das Diktum *Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr*, das in die Geschichte einging, fiel in der Offiziersbesprechung so nicht, doch hat Seeckt in diesem Sinn argumentiert.

Da er keinen Rückhalt fand, musste Reichswehrminister Noske seinen Plan zum bewaffneten Widerstand fallen lassen. Reinhardt, der bei seiner Meinung blieb, war nun isoliert und entschloss sich konsequenterweise, von seinem Amt als Chef der Heeresleitung zurückzutreten. Auch nachdem der Putsch nach wenigen Tagen gescheitert war, trat der Württemberger sein Amt nicht wieder an, obwohl ihn Noske darum bat. Reinhardts Nachfolger wurde Hans von Seeckt, der die Reichswehr in den folgenden sechs Jahren zu einer Kaderarmee weiterentwickeln sollte.

Reinhardt blieb nach seinem Rücktritt als Chef der Heeresleitung in der Armee. Er wirkte kurzzeitig als Kommandeur der „Lehrbrigade Döberitz“, anschließend von Mai 1920 bis 1924 als Befehlshaber im Wehrkreis V und Kommandeur der 5. Division. In Personalunion übte er die – eher repräsentative – Funktion eines Landeskommandanten von Württemberg aus. Von 1925 bis zu seinem Abschied vom Heer 1927 war Reinhardt Befehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos 2 in Kassel. In eine Position an der Spitze der Reichswehr gelangte er nicht mehr – bei der Suche nach einem Nachfolger für Seeckt wurde er 1926 übergangen. In seinen letzten Lebensjahren wirkte Reinhardt vor allem auf

Demonstration gegen den Staatsstreich in Berlin

militärpädagogischem Feld. Die von ihm initiierten sogenannten „Reinhardt-Kurse“ erweiterten die traditionelle Generalstabsausbildung für einige ausgewählte Offiziere um eine staatspolitische Fortbildung, die an zivilen Universitäten durchgeführt wurde.

Reinhardt, der im Alter von nur 58 Jahren am 8. August 1930 in Berlin starb, war eine in vieler Hinsicht einzigartige militärische Persönlichkeit in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Vielseitig interessiert und gebildet, gelangte er als Württemberger, der im kaiserlichen Heer keine Spitzenposition innegehabt hatte und über keine politische Erfahrung verfügte, in der Umbruchzeit im Winter 1918/19 in eine militärpolitische Schlüsselstellung. Bemerkenswert ist die Loyalität, die der „Vernunftrepublikaner“ Reinhardt der jungen Republik entgegenbrachte. Zur Verteidigung des neuen Staates war er bereit, während des Kapp-Lüttwitz-Putsches Reichswehrtruppen gegen die aufständischen Verbände Lüttwitz' einzusetzen. Letztlich verlor der Württemberger während des Staatsstreichs sein Amt, weil sein Plädoyer für den bewaffneten Kampf in der konkreten Situation des 13. März 1920 kaum umsetzbar war und ihn unter den Beratern Gustav Noskes isolierte. Auch wenn Reinhardt seit dem Frühjahr 1920 die deutsche Militärpolitik nicht mehr prägen konnte, hat er in seiner Zeit als preußischer Kriegsminister und Chef der Heeresleitung in einer schwierigen Zeit wichtige Grundlagen für den Aufbau der Reichswehr gelegt.

Wolfgang Mährle

DER 18. MÄRZ – EIN „REVOLUTIONÄRES“ DATUM AUCH FÜR STUTTGART



Der 18. März hat es in der deutschen Geschichte in sich: An diesem Tage wurde 1793 vom „Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent“ mit so prominenten Protagonisten wie dem Naturforscher Georg Forster die „Mainzer Republik“ ausgerufen. Der 18. März 1848 war der Tag der blutigen Barrikadenkämpfe in Berlin, der mit dem Sieg der Revolutionäre endete. Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. wurde zu politischen Zugeständnissen gezwungen und musste den 150 aufgebahrten „Märzgefallenen“ die Ehre erweisen („Mütze ab!“). Es gibt Bestrebungen, den 18. März zur Erinnerung an diesen Höhepunkt der Märzrevolution als „Nationalen Gedenktag“ auszurufen. Am 18. März 1990 fand schließlich die einzige demokratische (und letzte) Volkskammerwahl der DDR statt, die den Weg zur deutschen Einheit ebnete.

Am 18. März 2020 gibt es ebenfalls ein Jubiläum, das sich in besonderer Weise mit Stuttgart und Württemberg verbindet. Vor genau hundert Jahren, am 18. März 1920, tagte die Weimarer Nationalversammlung während des Kapp-

Mitglieder der Reichsregierung und des Reichstags auf dem Schlossplatz in Stuttgart (v.l.): Philipp Scheidemann, Karl Sparka, Otto Braun, 18. März 1920

Lüttwitz-Putsches in dem nach Entwürfen von Theodor Fischer 1913 erbauten heutigen Kunstgebäude am Stuttgarter Schlossplatz.

Reichspräsident Friedrich Ebert, die Reichsregierung unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Gustav Bauer und die Nationalversammlung waren vor der in Berlin putschenden deutschnationalen Marinebrigade Erhardt unter dem Kommando des Generals Walther von Lüttwitz nach Stuttgart ausgewichen, wo sich die Württembergische Staatsregierung auf die Seite der Reichsregierung gestellt hatte. Der Chef der Heeresleitung, der aus Stuttgart stammende Walther Reinhardt, stand zwar loyal zur Republik; anders war dies aber bei Einheiten im Norden und Osten des Reichs, so auch in Dresden, wohin die Reichsregierung sich zunächst hatte zurückziehen wollen. Nach anfänglichem Schwanken sagte



Reichspräsident Friedrich Ebert und ein weiterer Politiker vor dem Kunstgebäude in Stuttgart, 18. März 1920

auch der württembergische Landeskommandant Otto Haas der Reichsregierung seine Unterstützung zu.

Bei dem am 13. März begonnenen Generalstreik, der letztlich zum Ende des Putsches führte, hatte ebenfalls ein Stuttgarter seine Hände im Spiel: Der Pressechef der Reichsregierung Ulrich Rauscher gab – unsicher ist, inwieweit abgestimmt – namens des Reichspräsidenten und der SPD-Minister den Aufruf zum Generalstreik heraus, der von den Gewerkschaften aufgegriffen wurde. Durch den Generalstreik mit zeitweise 12 Millionen Streikenden aus allen Bereichen von Wirtschaft und Verwaltung, dem größten Streik in der deutschen Geschichte, wurde den Putschisten das Regieren unmöglich gemacht. Nach fünf Tagen brach der Putsch zusammen und Regierung und Abgeordnete konnten in einem Sonderzug von Stuttgart nach Berlin zurückkehren.

Für einen damals vielleicht noch stärkeren historischen Sinn in der politischen Debatte spricht, wie der württembergische Staatspräsident Wilhelm Blos in seinem Grußwort an die Nationalversammlung die Bezüge zur 1848er Revolution herstellte: *Im Jahre 1848, am 18. März, ist der alte Absolutismus untergegangen, und das, was man versucht hat, in Berlin zu unternehmen,*

das ist nichts anderes als die Wiederherstellung der vormärzlichen Zustände. Weiter zog der Staatspräsident Parallelen zum Revolutionsjahr 1849, *in welchem die Stadt Stuttgart ebenfalls eine Deutsche Nationalversammlung in seinen Mauern aufgenommen hat.*

Bemerkenswert ist auch die Rede des vormaligen Vizekanzlers Friedrich von Payer (DDP), der Regierung und Abgeordnete aufforderte, energisch den tieferen Ursachen der Krise nachzugehen. Damit könnte *die Stuttgarter Tagung, so kurz sie voraussichtlich sein wird, doch von weitgehendem Einfluss sein* und der 18. März zum historischen Tag werden.

Auch wenn dies im Jahre 1920 kaum umsetzbar war, verdient es die Nationalversammlung in Stuttgart dennoch, in Erinnerung gehalten zu werden. Eine Gedenktafel am Kunstgebäude und damit an dem Ort, an dem die junge Weimarer Republik Zuflucht fand, wäre angemessen:

Hier fand die Weimarer Nationalversammlung am 18. März 1920 vor der Bedrohung durch Putschisten einen sicheren Ort für ihre Beratungen.

Claus-Peter Clostermeyer

DIE GRÜNDUNG UND FRÜHE GESCHICHTE DES WÜRTTEMBERGISCHEN RITTERORDENS VON DER JAGD



Ferdinand Stenglin, Porträtstich Herzog Eberhard Ludwig, 1711

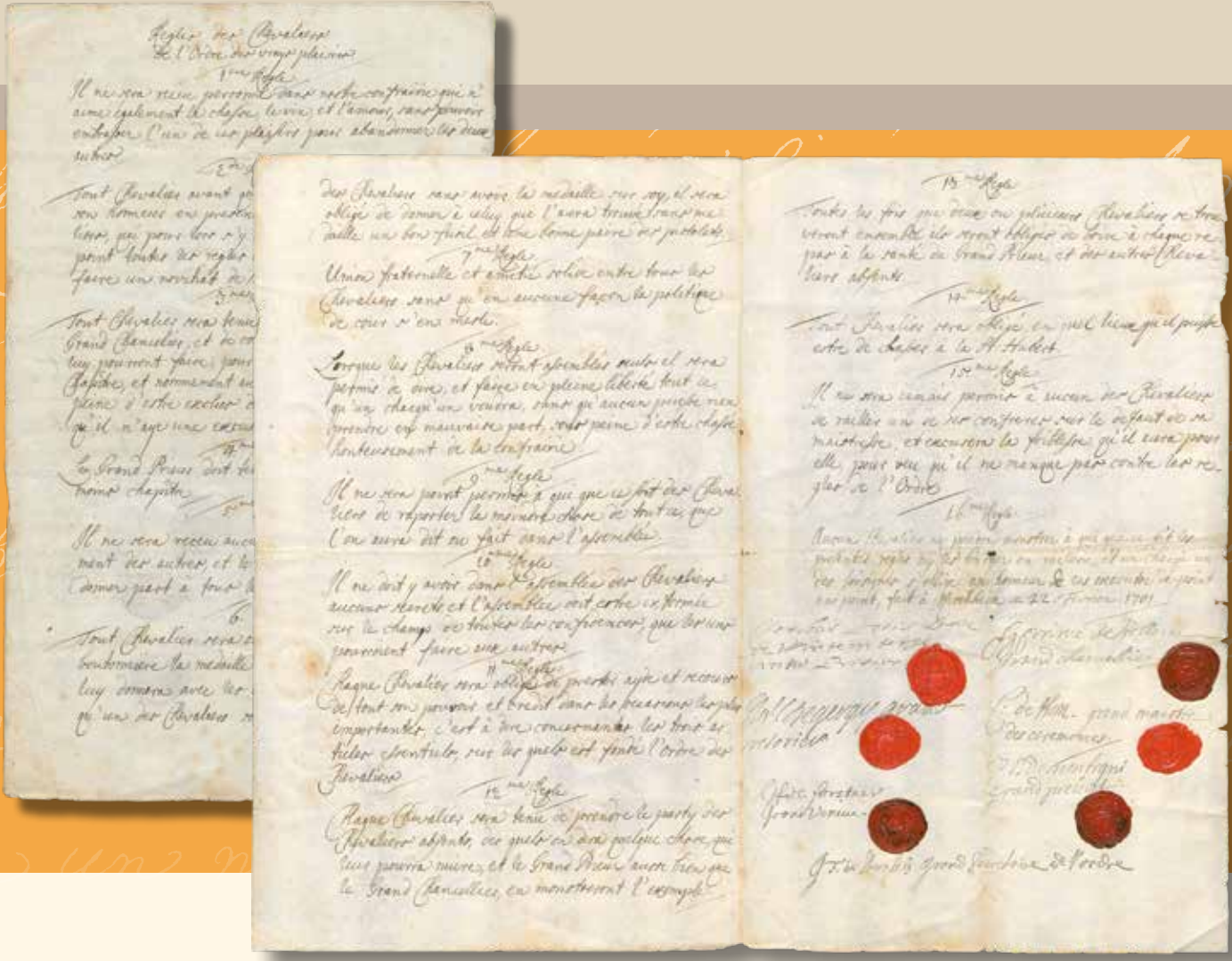
Herzog Eberhard Ludwig von Württemberg (1676–1733), der 1693 als Sechzehnjähriger an die Regierung kam, begann seit etwa 1700 mit der repräsentativen Aufwertung seiner Person und der Erhöhung des Ansehens der württembergischen Herzogswürde im Heiligen Römischen Reich. Die Maßnahmen, die er dazu ergriff, waren vielfältig: Sie umfassten das militärische Engagement im 1701 ausgebrochenen Spanischen Erbfolgekrieg ebenso wie das öffentliche Bekenntnis zur Mätresse Wilhelmina von Grävenitz. Das aus kunsthistorischer Sicht spektakulärste und bis heute auffälligste Vorhaben stellte seit 1704 die Errichtung von Schloss Ludwigsburg dar. Ebenfalls gut sichtbar und zumindest den Historikern bis heute vertraut, war die Stiftung des württembergischen Ritterordens von der Jagd im Jahr 1702. Ordensgründung und Schlossbau hingen eng miteinander zusammen. Eine der vornehmsten Aufgaben des neuen Schlosses bestand darin, dem alljährlichen Ordensfest am 3. November

einen angemessenen Rahmen zu bieten. Den zu erwartenden hochrangigen Gästen sollte eine zeitgemäße Repräsentationshaltung des Herzogs vor Augen geführt werden.

Im Folgenden werden zwei neue Aspekte zum württembergischen Jagdorden vorgestellt. Sie entstammen den umfangreichen kunsthistorischen Forschungen der Autorin zur Frühgeschichte von Schloss Ludwigsburg.* Dazu gehört zum einen der bislang völlig unbekannt Sachverhalt, dass der württembergische Jagdorden einen Vorgänger hatte: Bereits 1701 hatte Herzog Eberhard Ludwig in Kirchheim unter Teck den *Ordre des vrays plaisirs* ins Leben gerufen. Ebenso wenig bekannt war bisher die Geschichte der Ausgestaltung der Ordensinsignien des württembergischen Jagdordens. Das in den Statuten und auf vielen Porträts dargestellte Kleinod mit rot emailliertem Malteserkreuz, goldenen Adlern und goldenen Uracher Hörnern besaß nicht von Beginn an diese üppige Ausstaffierung. Diese entwickelte sich erst 1711 unter dem Eindruck des königlich-preussischen Schwarzen Adlerordens.

L'ORDRE DES VRAYS PLAISIRS

Bevor Herzog Eberhard Ludwig am 23. Januar 1702 den württembergischen Jagdorden begründete und Ludwigsburg zu dessen Sitz erklärte, stiftete er einen Geheimbund, dessen Existenz, vermutlich wegen der seinerzeit vereinbarten Geheimhaltung der Statuten, der Forschung bis dato völlig unbekannt geblieben ist. Er wurde am 22. Februar 1701 in Kirchheim unter Teck als *Ordre des vrays plaisirs* besiegelt. Seine Ziele waren dezidiert apolitisch. Mit dem fast gleichzeitig in Königsberg in Ostpreußen von König Friedrich I. in Preußen (1657–1713) gestifteten Hohen Schwarzen Adlerorden hatte er nichts zu tun. Im Zentrum standen die Freuden der Jagd, des Weins und der Liebe. Einmal im Monat sollte das Ordenskapitel abgehalten werden. Außerdem war jährlich am 3. November gemeinsam der Hubertustag zu begehen.



Mit dem Geheimbund versicherte sich Eberhard Ludwig als Prior (*grand prieur*) der Anhängerschaft seiner engsten Vertrauten und des Ansehens der damaligen Vertreter auswärtiger Höfe. Als Ordenskanzler (*grand chancelier*) wählte er seinen väterlichen Jagdgefährten Fürst Friedrich Wilhelm von Hohenzollern-Hechingen (1663–1735). In dessen Nachlass im Fürstlich Hohenzollernschen Haus- und Domänenarchiv Sigmaringen hat sich die Gründungsurkunde erhalten. Sie ist in französischer Sprache abgefasst und enthält außer den sechzehn Statuten die besiegelten Unterschriften aller sieben Mitglieder in hierarchischer Ordnung.

Auf Eberhard Ludwig und den Fürsten von Hohenzollern-Hechingen folgten der damalige französische Gesandte Jacques-Vincent de Languet, Comte der Gergy (1667–1734), der das Amt des Schatzmeisters (*grand tresorier*) bekleidete. Ihm standen der aus Dänemark stammende Baron Christer von Horn (gest. 1729) als Zeremonienmeister (*grand maistre des ceremonies*) und als Ordensgeneral (*grand prêvost*) sein jüngerer Bruder Pierre Bénigne de Languet, Baron de Montigny (um 1668–1734), zur Seite. Den Reigen schlossen Georg Friedrich von Forstner (1676–1717) als Oberjägermeister (*grand veneur*) und Georg Friedrich von Sternenfels (1673–1728)

Gründungsurkunde und Statuten des Ordre des vrais plaisirs, 1701

als Ordenssekretär (*grand secretaire de l'ordre*). Forstner und Sternenfels, die beide als Kammerjunker Eberhard Ludwigs ihre Karrieren bei Hof begonnen hatten, stammten aus Württemberg. Forstner stieg 1708 zum Oberhofmarschall auf und wurde zusätzlich mit der Leitung des Ludwigsburger Bauwesens betraut. Sternenfels, dessen Schwester Katharina Juliane Forstners Ehefrau wurde, ging ins Militär.

DIE ORDENSINSIGNIEN DES WÜRTEMBERGISCHEN RITTERORDENS VON DER JAGD

Trotz seiner Geheimhaltung zog der *Ordre des vrais plaisirs* weitere Kreise. In den Statuten des 1702 gestifteten Ritterordens von der Jagd hieß es, dass die *vorerst mit einigen von Unseren guten Freunden / und dem an Unserem Hoff befindlichen Adel aufgerichtete Verbündlichkeit [...] so wohl gelungen [sei] / daß bald benachbarte Fürsten sich in solche Gesellschaft mit einzulassen begehrt* hätten. In der Tat entstammten die im Januar 1702 neu aufgenommenen Ritter vornehmlich der erbprinzlichen protestantischen Fürstenriege, wie Karl Alexander von Württemberg-Winnental (1684–1737), der zukünftige Markgraf Georg

Wilhelm von Brandenburg-Bayreuth (1678–1726), der erst zweijährige Erbprinz Friedrich Ludwig von Württemberg (1698–1731) sowie die beiden Durlacher Erbprinzen Karl Wilhelm (1679–1738) und Christoph (1684–1723).

Als Abzeichen des *Ordre des vrais plaisirs* fungierte ein im Knopfloch zu tragendes Medaillenkleinod, vermutlich mit dem Konterfei Eberhard Ludwigs. Solche Porträtmedaillons waren verhältnismäßig leicht herzustellen und haben sich insbesondere aus dem 17. Jahrhundert erhalten. Einen Quantensprung an Aufwand und vor allem auch im Anspruch bedeutete dagegen das Kleinod des württembergischen Jagdordens. Mit seinem rot emaillierten Malteserkreuz orientierte es sich an prominenten königlichen Vorbildern wie dem französischen *Ordre du Saint Esprit* mit weiß-goldenem Malteserkreuz und dem preußischen Schwarzen Adlerorden mit blauem Malteserkreuz. Da der preußische Orden 1702 noch nicht im Fokus des württembergischen Hofes stand, aber zwei Vertreter des französischen Adels zu den Gründungsmitgliedern gehörten, dürfte die französische Pretiose das ambitionierte Vorbild abgegeben haben. Zwischen den Kreuzarmen wuchsen dort goldene Lilien. Die Taube des Heiligen Geists besetzte kopfüber die Mitte.

In Württemberg wurden zwischen die Kreuzarme goldene Waldhörner geklemmt. Sie entstammten der Helmzier der Grafen von Urach, die vom Haus Württemberg beerbt worden waren und nach Auskunft der Statuten in Konkurrenz zu den Kurfürsten von Sachsen das



Kleinod des preußischen Adlerordens, 1701

Reichsjägeramt beanspruchten. Das Zentrum des Kreuzes nahm auf grünem Grund in Rot die Initiale „W“ für Württemberg unter dem Herzogshut auf. Das an einem ponceauroten, also klatschmohnfarbenen Band zu tragende Kleinod bestand in dieser Version bis 1711. Eine Abbildung findet sich auf dem 1710 von Johann Jakob Stevens von Steinfels gemalten Deckenfresko im Audienzzimmer des östlichen Appartements im Piano nobile des Ludwigsburger Schlosses.

DIE AUFWERTUNG VON 1711

1711 kam es zu einer Aufwertung des Kleinods. Auslöser dieses in den Quellen dokumentierten Vorgangs war die Verleihung des preußischen Schwarzen Adlerordens an Herzog Eberhard Ludwig im Januar 1710. Der Herzog nahm den Orden aber nicht persönlich in Empfang, sondern ließ die Insignien von seinem Geheimen Rat Justus Vollrath von Bode (1667–1727) abholen. Da in Schwaben die reichsunmittelbaren Stände die preußische Königswürde offiziell erst mit dem Frieden von Rastatt 1714 anerkannten, schien ihm eine Reise nach Berlin zu diesem Zeitpunkt vermutlich nicht ratsam.

Kleinod des württembergischen Jagdordens vor 1711, Detail eines Deckenfreskos von Johann Jakob Steinfels im Audienzzimmer des Jagdordenappartements in Schloss Ludwigsburg, 1710



Auch ließ sich Eberhard Ludwig vor 1714 nicht mit dem preußischen Orden darstellen. Auf dem Porträtstich Ferdinand Stenglins von 1711 trägt er deutlich sichtbar lediglich den ihm schon 1694 verliehenen dänischen Elefantenorden. Das Kleinod des preußischen Ordens blieb vorsorglich unter dem Mantel verborgen, sodass lediglich das sich aufbauschende Band sowie der Umstand, dass der württembergische Orden auf einem Kissen außerhalb des Porträtmedaillons lag, auf ihn hinweisen. Die Ordenskette, die das württembergische Wappen auf dem Stich umgab, wurde 1711 ebenfalls in Anlehnung an die des preußischen Ordens entworfen, kam aus finanziellen Gründen jedoch nicht zur Ausführung.

1711 standen der Herzog und die ihn umgebenden Künstler und Höflinge ganz im Bann des preußischen Hofes. Johann Friedrich Nette (1673–1714), der 1706 die architektonische Leitung des Ludwigsburger Bauwesens übernommen hatte und erstmals auf ein reichsfürstliches Gestaltungsniveau hob, hatte seine stärkste Prägung in Berlin am neuen Königsschloss des Architekten Andreas Schlüter (1659–1714) erfahren. Schloss Ludwigsburg folgte von da an sowohl am Außenbau als auch in der inneren Ausgestaltung preußischen Vorbildern. Mit dem Ziel des gegenseitigen militärischen und religionspolitischen Beistands schloss König Friedrich I. am 5. Juli 1709 einen Bündnisvertrag mit Eberhard Ludwig, den die Ordensverleihung bekräftigen sollte. Die berühmte Königsepisode vom Juli 1711,

Kleinod des württembergischen Jagdordens, Radierung von 1711

als Eberhard Ludwig von König Ludwig XIV. von Frankreich als Gegenleistung für ein Neutralitätsabkommen die fränkische Königswürde gefordert haben soll, gedieh auf diesem vornehmlich von baulichen Ansprüchen bereiteten Boden.

Die Ausstaffierung der Ordenskleinodien war Aufgabe des Oberhofmarschalls Georg Friedrich von Forstner. Der Herzog hatte sich im Mai 1711 *gnädigst resolvirt, von allen Chevaliers [...] die vormahlige güldine OrdensCreüz, so viel deren solche erhalten, wiederum zu rück geben, dargegen aber andere mit etwas Veränderung und in mehrerm Gewicht, neu verfertigen, und denenselben außhändigen zu laßen.* Die Umarbeitung, die sich sowohl aus dem erhöhten Gewicht als auch aus einem Vergleich des von Steinfels dargestellten Kleinods mit späteren Abbildungen erschließen lässt, vollzog sich einfach und effektiv. Die Hörner wurden von den Winkeln auf die Enden der Kreuzarme versetzt, sodass der zwischen den Kreuzarmen frei gewordene Platz für die neu nach dem Vorbild der preußischen Pretiose hinzugekommenen goldenen Adler verwendet werden konnte. Zwar trugen die württembergischen Adler im Unterschied zu ihren preußischen Artgenossen keine Krone, doch standen auch sie gegenständig zueinander. Im Ergebnis übertraf das württembergische Kleinod sein königliches Vorbild sogar an heraldischer Ausstaffierung,

da in Preußen die Enden der Kreuzarme frei blieben.

DER DRUCK DER STATUTEN MIT INSERierten KUPFERN

Ebenfalls unter dem Eindruck der preußischen Statuten beschlossen der Herzog und sein Oberhofmarschall 1711, die bis dahin nur handschriftlich verfassten Statuten im Druck vorzulegen. Dies war keine Selbstverständlichkeit. Die Statuten des *Ordre de la fidelité*, den Eberhard Ludwigs Schwager Markgraf Karl Wilhelm von Baden-Durlach 1715 ins Leben rief, blieben beispielsweise immer nur handschriftlich. Die gedruckten Statuten waren sogar bebildert, indem Kupferstiche mit Darstellungen des Kleinods, des auf dem Mantel zu tragenden gestickten Bruststerns und eines ganzfigurigen Porträts Herzog Eberhard Ludwigs eingebunden wurden. Sie wurden in Augsburg in Auftrag gegeben und im Laufe des Jahres 1711 ausgeführt. Das besonders in den Kupfern gut zu erkennende preußische Vorbild klingt in den Quellen mehrfach an, so beispielsweise am 2. Juni 1711, als Forstner den Herzog mit Hinweis auf den preußischen Orden dazu drängte, sich für ein Ordenshabit zu entscheiden.

Die Drucklegung der in ihrer ersten Ausgabe nicht datierten Statuten erfolgte 1711 bei der

Witwe des Stuttgarter Buchdruckers Christian Gottlieb Röbblin des Älteren. Einige Exemplare erhielten einen Einband aus Augsburger Brokatpapier, dessen Farbgebung mit leuchtend rotem Grund ordensheraldisch motiviert war. Markgraf Karl Wilhelm von Baden-Durlach, dessen Orden an einer orangenen Schärpe zu tragen war, wählte für seine Statuten Augsburger Brokatpapier mit orangefarbenem Grund. Ein besonders aufwendig gebundenes Exemplar der württembergischen Statuten von 1711 mit angehängtem Siegel bewahrt das Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Möglicherweise fand es im Ordenszeremoniell Verwendung, da in dieser Art bislang kein zweites Exemplar aufgetaucht ist. (*Ulrike Seeger: Schloss Ludwigsburg und die Formierung eines reichsfürstlichen Gestaltungsanspruchs. Wien/Köln/Weimar 2020. Dort finden sich alle Nachweise zu den hier knapp vorgestellten Sachverhalten. Für die Unterstützung der Drucklegung dankt die Autorin dem Württembergischen Geschichts- und Altertumsverein.)

Ulrike Seeger

*Statuten des württembergischen Jagdordens, o. J. [1711],
Augsburger Brokatpapier mit Siegel*



VOR 525 JAHREN: WÜRTTEMBERG WIRD HERZOGTUM

Der Nachruf Kaiser Maximilians I. – *hier liegt ein Fürst, dem an Weisheit und Tugend keiner mehr im Römischen Reich gleichkommt* – und das von Justinus Kerner auf Eberhard gemünzte Gedicht *Preisend mit viel schönen Reden* haben ihn berühmt gemacht: Eberhard im Bart (1445–1496) ist wohl der populärste „Landesvater“ Württembergs im Alten Reich. Eberhard war der dritte Sohn Graf Ludwigs I. von Württemberg und seiner Gattin Mechthild von der Pfalz; da beide älteren Brüder früh starben, fiel die Nachfolge im Regierungsamt an Eberhard.

Als Graf Ludwig I. 1450 verschied, war Eberhard fünf Jahre alt. Um seine Vormundschaft stritten der Bruder von Eberhards Vater, Ulrich V. von Württemberg–Stuttgart, und der Bruder seiner Mutter, Kurfürst Friedrich der Siegreiche von der Pfalz. Es gelang Ulrich, sich mit Hilfe der württembergischen Land-

stände durchzusetzen; fortan sorgte er für die Erziehung des Jungen. Als dieser 14 Jahre alt war, musste Ulrich seinem Neffen die Regierung des südlichen Landesteils mit der Hauptstadt Urach überlassen. Bereits 1442 waren die Besitzungen und Rechte Württembergs zwischen Ulrich V. und seinem Bruder Ludwig I. aufgeteilt worden. Durch diplomatische Verhandlungen, mit Unterstützung der Landstände und auf der Grundlage vorausgehender Verträge gelang es Eberhard d. Ä. im Jahr 1482, die Teilung zu überwinden und die Einheit Württembergs wiederherzustellen. Im so genannten Münsinger Vertrag wurde Eberhard d. J., dem Sohn Ulrichs V., zwar ein gewisses Mitspracherecht und die Regierungsnachfolge zugesichert, die eigentliche Regierungsgewalt fiel aber an Eberhard d. Ä.

Nach der Wiedervereinigung besaß Württemberg wieder größeres politisches Gewicht.



Urkunde König Maximilians I. über die Erhebung
Württemberg zum Herzogtum; Worms 1495 Juli 21



Um das im Münsinger Vertrag Erreichte nach innen wie nach außen zu wahren und zu verteidigen, war Eberhard nicht nur auf gute Beziehungen zu den Landständen angewiesen, sondern er musste sich auch außenpolitisch absichern. Einen Grundpfeiler seiner Außenpolitik bildeten die guten Beziehungen zum Hause Habsburg. So unterstützte Eberhard König Friedrich III. bei seinen Kriegen gegen Ungarn und Türken, und umgekehrt konnte er auf den Beistand des Königs in seinen Auseinandersetzungen mit Eberhard d. J. vertrauen. Die Anerkennung und Wertschätzung, die Eberhard d. Ä. beim Haus Habsburg genoss, fand ihren Ausdruck in seiner Aufnahme in den Orden vom Goldenen Vlies 1492 – und in der Erhebung zum Herzog.

Herzogsschwert des Grafen bzw. Herzogs Eberhard im Bart, Silber, vergoldet, 1495

Die Standeserhöhung, um die sich Ulrich V. bereits 1463 vergeblich bemüht hatte, fand während des Reichstags 1495 in Worms statt. Sie bedeutete eine außergewöhnliche Würdigung der Person Eberhards sowie seiner wie auch seiner Vorfahren Leistungen für König und Reich. In der Urkunde vom 21. Juli 1495 verleiht König Maximilian Graf Eberhard d. Ä. das Herzogtum als Mannlehen und erhebt ihn zu *hertzogthumblichen warden*. Außerdem bestätigt er gemäß den früheren Hausverträgen Württembergs die Unteilbarkeit des Landes, die Erbfolge nach der Primogenitur und die den Landständen zugestandenen Rechte. Des Weiteren wird urkundlich verbrieft, dass beim Aussterben des Hauses Württemberg das Herzogtum an das Reich falle, jedoch unter königlicher Oberhoheit von den Landständen regiert werden solle.

Die Erhebung zum Herzogtum, eines der wichtigsten Ereignisse in der württembergischen Geschichte, hob Württemberg aus dem Kreis der Nachbarn heraus; sie schrieb zudem reichsgesetzlich fest, dass das Land *nit zertrent noch getailt werd* und bestätigte die Regelungen für die Regierungsnachfolge nach dem Tod Eberhards d. Ä. War die Erhebung für Württemberg ein großer Prestigegewinn, dürfte König Maximilian daran interessiert gewesen sein, für den Fall des Aussterbens des Hauses Württemberg eine Anwartschaft auf das Herzogtum zu erhalten. (Württemberg im Spätmittelalter, Ausstellungskatalog, 1985; 1495: Württemberg wird Herzogtum, Ausstellungskatalog, 1995).



Bildnis des Grafen Eberhard d. Ä. (1445–1496), Aquarell, zwischen 1595 und 1626, nach einer Vorlage von 1474

Nicole Bickhoff

KOMMISSION FÜR GESCHICHTLICHE
LANDESKUNDEZEITSCHRIFT FÜR DIE GESCHICHTE DES
OBERRHEINS

167. Jahrgang, 2019

Stuttgart: W. Kohlhammer 2019

[IX], 595 S.

Fester Einband/Fadenheftung

ISBN 978-3-17-035356-5

ISSN 004-2607

49,00 Euro

*Fred L. Sepaintner (Hrsg.)*BADEN-WÜRTTEMBERGISCHE BIOGRAPHIEN
BAND VII

Stuttgart: W. Kohlhammer 2019

XXXII, 671 S. 135 sw-Abb.

Fester Einband/Fadenheftung

ISBN: 978-3-17-037113-2

27,00 Euro

*Rainer Möhler*DIE REICHSUNIVERSITÄT STRABBURG 1940-1944
(=Reihe B: Forschungen, 227. Band)

Stuttgart: W. Kohlhammer 2020

LXXXVI, 1047 S., 55 Tab. und Diagramme, 30 Abb. auf

Kunstdruckpapier, Register

Fester Einband/Fadenheftung

ISBN: 978-3-17-038098-1

88,00 Euro

*Brigitte Heck (Bearb.)*

BADISCHE LANDESTRACHTEN

Dargestellt und beschrieben durch den Maler
Rudolf Gleichauf in den Jahren 1861 bis 1869

Ubstadt-Weiher: verlag regionalkultur 2019

152 S., 9 sw-, 86 Farbabb.

Broschur (Fadenheftung)

ISBN: 978-3-95505-178-5

19,80 Euro

LANDESARCHIV
BADEN-WÜRTTEMBERG*Wolfgang Mährle (Hrsg.)*NATION IM SIEGESRAUSCH.
WÜRTTEMBERG UND DIE GRÜNDUNG DES
DEUTSCHEN REICHES 1870/71

Begleitbuch zur Ausstellung

Stuttgart: W. Kohlhammer 2020

384 S., 217 Abb., 1 beil. Karte

ISBN: 978-3-17-038182-7

35,00 Euro

*Gabriela Signori (Bearb.)*DAS TOTENBUCH DES ZISTERZIENSERIN-
KLOSTERS FELDBACH (1279-1706)

(=Reihe A: Quellen, 63. Band)

Stuttgart: W. Kohlhammer 2020

XLVI, 134 S., 3 Abb., Register

Fester Einband/Fadenheftung

ISBN: 978-3-17-038175-9

22,00 Euro



Alle Publikationen dieser Liste können von Mitgliedern
des Vereins mit einem Rabatt von 20 % bezogen werden.
Bestellungen bitte über die Geschäftsstelle des Vereins.

Die Ausstellungen sind in der Reihenfolge der Schlusstermine aufgeführt.
Aktuelle Änderungen und Öffnungszeiten sind den Homepages der Museen und Einrichtungen zu entnehmen.

HERKULES. UNSTERBLICHER HELD

Heidelberg, Kurpfälzisches Museum
bis 12.06.2020

MEDICUS – DIE MACHT DES WISSENS

Speyer, Historisches Museum der Pfalz
bis 21.06.2020

STEIN FÜR STEIN. MENSCHEN IHREN NAMEN WIEDERGEHEN.

20 JAHRE INITIATIVE STOLPERSTEIN
STUTTGART-OST
Stuttgart-Ost, MUSE-O
bis 28.06.2020

ÖTZI. DER MANN AUS DEM EIS

Ebersbach an der Fils, Stadtmuseum Alte Post
bis 28.06.2020

**NATION IM SIEGESRAUSCH.
WÜRTTEMBERG UND DIE GRÜNDUNG
DES DEUTSCHEN REICHES 1870/71**

Stuttgart, Hauptstaatsarchiv
bis 31.07.2020

**HUT AB! PICKELHAUBE, PUSSYHAT
UND ANDERE KOPFGESCHICHTEN**

Stuttgart, Haus der Geschichte Baden-Württemberg
bis 02.08.2020

AZTEKEN

Stuttgart, Lindenmuseum
bis 16.08.2020

**DAS LEBEN DER DINGE.
EINE AUSSTELLUNG ÜBER DAS SAMMELN**

Ravensburg, Museum Humpis-Quartier
bis 16.08.2020

**5 VOR! 5 JAHRE VOR DEM 500. JUBILÄUM
DES DEUTSCHEN BAUERNKRIEGS**

Böblingen, Deutsches Bauernkriegsmuseum (Zehntscheuer)
bis 10.09.2020

**DIE WELT, EIN RAUM MIT FLÜGELN.
ALBRECHT LUDWIG BERBLINGER ZUM
250. GEBURTSTAG**

Ulm, Stadthaus
bis 27.09.2020

**FREIBURG.ARCHÄOLOGIE –
900 JAHRE LEBEN IN DER STADT**

Freiburg, Augustinermuseum
bis 04.10.2020

**FREIBURG.ARCHÄOLOGIE –
200 JAHRE FORSCHEN IN DER STADT**

Freiburg, Museum für Stadtgeschichte
bis 04.10.2020

**GUT BETUCHT – TEXTILERZEUGUNG
BEI DEN ALAMANNEN**

Ellwangen, Alamannenmuseum
bis 11.10.2020

WÄNDE, WALLS. GRAFFITI IM KESSEL

Stuttgart, StadtPalais
15.05.– 11.10.2020

**VIELE TEILE, EINE STADT! GEMEINSAME
STADT(Teil)GESCHICHTEN ENTDECKEN**

Esslingen, Stadtmuseum im Gelben Haus
15.05.– 11.10.2020

**DER RÖMISCHE LEGIONÄR –
WEIT MEHR ALS EIN KRIEGER**

Freiburg, Archäologisches Museum Colombischlössle
bis 29.11.2020

**DIE TOCHTER DES PAPSTES.
MARGARETHE VON SAVOYEN**

Stuttgart, Hauptstaatsarchiv
10.09.– 04.12.2020

**CHARLESTON UND GLEICHSCHRITT.
KARLSRUHE IN DER WEIMARER REPUBLIK**

Karlsruhe, Stadtmuseum im Prinz-Max-Palais
bis 29.12.2020

**TUTANCHAMUN.
SEIN GRAB UND DIE SCHÄTZE**

Mannheim, Reiss-Engelhorn-Museen
30.05.2020– 31.01.2021

**SCHWARZ AUF WEISS.
DAS RÄTSEL DER STEINZEITSCHIBEN
AUS DEM BLAUTAL**

Ulm, Museum
bis 31.01.2021

EISZEIT SAFARI

Mannheim, Reiss-Engelhorn-Museen
20.09.2020– 14.02.2021

**FREIBURG.ARCHÄOLOGIE –
LEBEN IN DER STADT**

Freiburg, Archäologisches Museum Colombischlössle
28.05.2020– 11.04.2021

DER KAISER UND DIE SÄULEN IHRER MACHT

Mainz, Landesmuseum
9.09.2020– 18.04.2021

FASHION?! WAS MODE ZUR MODE MACHT

Stuttgart, Landesmuseum
24.10.2020– 21.06.2021

HYGIENE UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DIE GESUNDHEIT DER BEVÖLKERUNG

1911

Unaufhaltsam durchdringt die Hygiene die Erscheinungen des menschlichen Lebens, und von Tag zu Tag erweitert sich ihr Bereich ...



1926

Die Wanderausstellung ‚Der Mensch in gesunden und kranken Tagen‘ zeigt in übersichtlicher Darstellung die wichtigsten Ausschnitte aus der Gesundheitspflege. Sie soll von Stadt zu Stadt wandern und dort jeweils den Kristallisationspunkt für eine umfassende hygienische Aufklärung bieten ...

